Michael Jonas

Das Auswärtige Amt und die deutsche Nordeuropapolitik im Zweiten Weltkrieg

Nordeuropa ist zweifelsohne keine Region, kein Geschichts- und geographischer Raum, der sich aufdrängt, wenn man über die Außen- und Besatzungspolitik des „Dritten Reiches“, ja über Politik im Zweiten Weltkrieg insgesamt nachzudenken vorhat. Die wesentlichen Entscheidungen, die eigentlichen geschichtsmächtigen Prozesse, die Masse von Ereignis und Verlauf, kurzum: die „große Politik“ und – nach deren Abhandenkommen – der eigentliche Krieg spielten sich woanders ab. Nicht umsonst zogen Nordeuropäer es im Krieg lange vor, vom „Großmächtetkrieg“ zu sprechen. Einem solchen stand dabei entweder die skandinavische Neutralität gegenüber – oder aber, die Finnen haben diese Lesart perfektioniert, jener kleinere, vermeintlich isolierte Sonderkrieg, den man eigenständig und ohne besonders intensiven Bezug zur europäischen, zunehmend auch zur globalen Gesamtwetterlage ausfocht. Dass diese zeitgenössische, aber auch in der Nachkriegszeit noch zentrale Dichotomie eine künstliche ist, liegt auf der Hand. Nordeuropa war, wie andere Regionen auch, sowohl Kriegsschauplatz als auch politische Arena und ist in seiner komplexen Geschichte im Zweiten Weltkrieg nur in diesem Kontext voll zu erfassen.

Die Komplexität des nordeuropäischen Raums im Zweiten Weltkrieg ergibt sich dabei in erster Linie aus der Summe der einzelnen Kriegserfahrungen, die die vier skandinavischen Länder Schweden, Norwegen, Dänemark und, so ist zu betonen, auch Island sowie das in jeder Hinsicht eigentümliche Finnland in der Zeit zwischen 1939 und 1945 auf sich vereinen¹. Was die Region für das Studium der Geschichte des Zweiten Weltkriegs nachdrücklich empfiehlt, ist eben jenes Panorama an völlig divergenten nationalen Kriegserfahrungen, das sich erst über die vergleichende Annäherung erschließen dürfte². Nirgendwo sonst lässt sich innerhalb einer historisch ebenso gewachsenen wie konstruierten Region ein so breites, beinahe erschöpfendes Spektrum an Kriegsauswirkungen beobachten, wie dies im europäischen Norden im Gefolge des sowjetisch-finnischen Winterkriegs Ende November 1939 und mit der deutschen Besetzung Dänemarks und Norwegens im April 1940 der Fall ist³. Anhand von Nordeuropa als Kriegsschauplatz und Expansions-

¹ Auf den Fall Island, das – als Königreich Island in Personalunion mit der dänischen Monarchie – ab 10. 5. 1940 unter britischer, ab 7. 7. 1941 dann unter US-Besatzung stand und am 17. 6. 1944 seine Unabhängigkeit von Dänemark erklärte, und die ähnlich komplexe Geschichte der ab dem 12. 4. 1940 von Großbritannien besetzten Färöer kann in diesem Zusammenhang nicht näher eingegangen werden. Es sei auf die beiden Standardwerke hingewiesen: Þór Whitehead, *Ísland í síðari heimsstyrjöld*, 4 Bde., Reykjavík 1980–1999; Niels Juel Arge, *Stríðsárini 1940–45*, 6 Bde., Tórshavn 1985–1990; vgl. auch James Miller, *The North Atlantic Front. Orkney, Shetland, Faroe and Iceland at War*, Edinburgh 2003.

² Vgl. u. a. die auf Nordeuropa bezogenen Beiträge in zwei Sammelbänden zum Thema: Stig Ekman/Nils Edling (Hrsg.), *War Experience, Self Image and National Identity: The Second World War as Myth and History*, Södertälje 1997; Henrik Stenius/Mirja Österberg/Johan Östling (Hrsg.), *Nordic Narratives of the Second World War. National Historiographies Revisited*, Lund 2011.

³ Die Literatur zur Konstruktion wie Integration des Nordens als Raumeinheit ist in den letzten Jahren ins Unüberschaubare gewachsen. Als maßgeblich erscheinen die Arbeiten von Norbert Götz, u. a. „Norden“: Structures that Do Not Make a Region, in: *European Review of History* 10 (2003), S. 323–341, und kürzlich Marja Jalava, *The Nordic Countries as a Historical and Historiographical Region: Towards a Critical Writing of Translocal History*, in: *História da Historiografia* 11 (2013), S. 244–264; im Hinblick auf die Region im Zweiten Weltkrieg vgl. die Arbeiten von Jan Hecker-Stampel, u. a.

raum lassen sich dabei sowohl unterschiedliche Modi bilateraler Beziehungen im Krieg als auch verschiedene Typen von Okkupation, von hegemonialpolitischer Kontrolle und von Bündnispolitik in ungemein verdichteter Form veranschaulichen⁴. Vor allem aber leistet das im Folgenden skizzierte Panorama der skandinavischen Länder im Zweiten Weltkrieg in ihren Außenbeziehungen zum „Dritten Reich“ eines: Es macht deutlich, dass sich den gesamten Zweiten Weltkrieg hindurch Bereiche hielten, in denen sich Außenpolitik zwar kriegsbedingt deformierte, diese ihren politischen Gehalt hingegen – mit Ausnahme des letzten Kriegsjahrs – nicht wirklich einbüßte. Mit Blick auf den Auswärtigen Dienst des „Dritten Reiches“ heißt dies, dass sich über die Betrachtung der vom Auswärtigen Amt moderierten Beziehungen zu Staaten wie Dänemark, Finnland oder Schweden auch jenes politische Moment rehabilitiert, das anderweitig im Kriegsverlauf vollständig abhanden kam und das Amt auf wenig mehr als Handlanger- und Zuarbeitsdienste im Zusammenhang mit der eskalierenden Gewalt- und Vernichtungspolitik des NS-Regimes reduzierte⁵. Es rehabilitiert sich dabei wohlgerne nicht eine konkrete Politik, sondern vielmehr das Politische – oder genauer: das Außenpolitische – im weitesten Sinne seiner Begriffsbedeutung als das eigentliche Geschäft von Außenministerien.

Um die zunehmend komplexere Ausgangslage zu illustrieren, der sich die Nordeuropapolitik des Auswärtigen Amts im Zeitfenster zwischen 1939 bis 1941 gegenüber sah, sind eingangs die unterschiedlichen Modi der Außenbeziehungen des Deutschen Reiches zu den skandinavischen Ländern und Finnland zu skizzieren. Auf Grundlage einer seit dem Ersten Weltkrieg zunehmend konzertierten Außenpolitik erklärten die Kleinstaaten Nordeuropas am 1. September 1939 umgehend ihre Neutralität im deutsch-polnischen Krieg und taten dies erneut zwei Tage darauf bezogen auf den Krieg der Westmächte gegen das Deutsche Reich. Mit dem Beginn des sowjetisch-finnischen Winterkriegs am 30. November 1939 und der Invasion Westskandiavens ab dem 9. April 1940 wurde der Norden zum Kriegsschauplatz. Ab diesem Zeitraum, der von den beiden für die Region eigentlich gewichtigen Daten eingerahmt ist, fallen die Kriegserfahrungen der nordischen Staaten fundamental auseinander⁶:

Schweden gelang es dabei als einzigem der nordeuropäischen Länder, sich seine Neutralität in durchaus typisch ambivalenter Form den gesamten Krieg über zu bewahren. Die deutsche Gesandtschaft in Schweden war in diesem Zusammenhang an nahezu allen

Der Traum von der nordischen Einheit. Definitionen und Abgrenzungen des Nordens im Zweiten Weltkrieg, in: Ders./Hendriette Kliemann-Geisinger (Hrsg.), *Facetten des Nordens. Räume – Konstruktionen – Identitäten*, Berlin 2009, S. 175–207, und ders., *Vereinigte Staaten des Nordens. Integrationsideen in Nordeuropa im Zweiten Weltkrieg*, München 2011.

⁴ Kürzlich auch: Bernd Wegner, *Der Ostseeraum im Zweiten Weltkrieg*, in: Jan Hecker-Stampehl/Bernd Henningsen (Hrsg.), *Geschichte, Politik und Kultur im Ostseeraum*, Berlin 2012, S. 97–119, hier S. 100f.

⁵ So die von Christopher Browning und Hans-Jürgen Döscher bereits vor drei Jahrzehnten entwickelte These, vgl. Christopher R. Browning, *The Final Solution and the German Foreign Office. A Study of Referat D III of Abteilung Deutschland 1940–43*, New York/London 1978; ders., *Unterstaatssekretär Martin Luther and the Ribbentrop Foreign Office*, in: *Journal of Contemporary History* 12 (1977), S. 313–344; Hans-Jürgen Döscher, *Das Auswärtige Amt im Dritten Reich. Diplomatie im Schatten der „Endlösung“*, Berlin 1987. Die Ergebnisse der Unabhängigen Historikerkommission, vgl. Eckart Conze u. a., *Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik*, München 2010, übernehmen die Prämissen der Interpretation Brownings und Döschers.

⁶ Patrick Salmon, *Scandinavia and the Great Powers, 1890–1940*, Cambridge 1997, S. 319.

Angelegenheiten des deutsch-schwedischen Verhältnisses mittelbar oder unmittelbar beteiligt, obgleich die Spitze der Mission mit Viktor Prinz zu Wied auf dem Gesandtenposten denkbar schlecht besetzt war. Wied, seit 1905 im Auswärtigen Dienst, war bereits kurz nach dem Ersten Weltkrieg Mitglied der Gesandtschaft in Stockholm gewesen, allerdings 1922 abberufen und – nach einem Interim als Geschäftsträger in Budapest – „wegen Unfähigkeit“ zeitnah zur Disposition gestellt worden⁷. Sein Missionschef der frühen 1920er Jahre, Rudolf Nadolny, später Botschafter in Moskau und die gesamte Weimarer Zeit hindurch „Außenminister ohne Verwendung“, hielt Wied im repräsentativen Alltagsgeschäft der Gesandtschaft für durchaus geeignet, „sachlich“ freilich für absolut „unbrauchbar“⁸. Der Eindruck des Protokollchefs unter Außenminister Constantin von Neurath, Vicco von Bülow-Schwante, Wied sei „des Lesens und Schreibens unkundig“ gewesen, ist wohl ein wenig wörtlicher zu nehmen, als dies bisher in der Forschung geschehen ist⁹. Die durch die Schülerschen Reformen neu und vor allem professioneller orientierte Personalabteilung bemühte sich vor diesem Hintergrund wiederholt, den unfähigen Hochadeligen „abzusägen“¹⁰. Dies freilich konnte durchaus auch dazu angetan sein, mit den Befindlichkeiten der Stockholmer Gesellschaft und insbesondere der schwedischen Königsfamilie zu kollidieren, mit der Wied mütterlicherseits verwandt war¹¹. In Anbetracht dessen sah man sich in der Zentrale gezwungen, den Prinzen erst vorübergehend nach Budapest wegzuloben, bevor – nach Verstreichen einer gewissen personalpolitischen Schamfrist – die eigentliche Entfernung aus dem Auswärtigen Dienst erfolgte.

Wieds Reaktivierung Anfang Dezember 1933 ist hauptsächlich als „Belohnung“ für eingehende Mittlerdienste zwischen der Leitungsebene des Auswärtigen Amts um Neurath und führenden Nationalsozialisten – hier insbesondere Göring – zu verstehen. Unter anderem hatte der zur Disposition gestellte Prinz, der sich seit den frühen 1930er Jahren um Mitgliedschaft in der NSDAP bemüht hatte, die erste Unterredung Hitlers mit Neurath im Januar 1932 vermittelt und Ersteren damit unter den alten Eliten mit salonfähig gemacht¹². Wieds intensive Verbindungen in das schwedische Königshaus und in die Stockholmer Gesellschaft hinein konnten in einem solchen Zusammenhang offensichtlich nicht schaden, deckten sie zugleich doch im Habituellen zumindest behelfsmäßig jene fundamentale Entfremdung ab, die mit der Machtübernahme und Konsolidierung des NS-Regimes im Deutschen Reich auch und gerade im liberalen politischen

⁷ Döscher, *Das Auswärtige Amt*, S. 60f., der eine Aufzeichnung des Ministerialdirektors Köpke vom 4. 11. 1935 zitiert.

⁸ Politisches Archiv des Auswärtigen Amts (künftig: PA AA), Nachlass Rudolf Nadolny, Bestand 102: Nadolny an Blücher, 18. 7. 1920 bzw. 23. 8. 1922 (Zitat „sachlich unbrauchbar“); Rudolf Nadolny, *Mein Beitrag. Erinnerungen eines Botschafters des Deutschen Reiches*, hrsg. von Günter Wollstein, Köln 1985, S. 154f.; Günter Wollstein, *Rudolf Nadolny – Außenminister ohne Verwendung*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (VfZ)* 28 (1980), S. 47–93.

⁹ Zit. nach Döscher, *Das Auswärtige Amt*, S. 60f.

¹⁰ PA AA, Nachlass Rudolf Nadolny, Bestand 102: Nadolny an Blücher, 23. 8. 1922.

¹¹ Roth verweist völlig zu Recht auf den Umstand, dass es sich bei Wied nicht, wie in der Memoiren- und Forschungsliteratur ein ums andere Mal kolportiert, um einen Neffen des schwedischen Königs Gustav V. handelte, sondern um den Vetter 2. Grades von dessen Frau, Sofia von Baden. Vgl. Daniel Roth, *Hitlers Brückenkopf in Schweden. Die deutsche Gesandtschaft in Stockholm 1933–1945*, Berlin 2009, S. 54ff. und 357f.

¹² Die Aufnahme Wieds und seiner Frau in die NSDAP erfolgte dabei erst am 26. 3. 1934, freilich rückwirkend zum 1. 1. 1932; maßgebend hier die Darstellung bei Döscher, *Das Auswärtige Amt*, S. 60f.; vgl. auch Roth, *Hitlers Brückenkopf*, S. 357; Conze u. a., *Amt*, S. 65f. (dort auch vorhergegangenes Zitat).

Milieu Skandinaviens einhergegangen war¹³. Er folgte auf den konservativen Berufsdiplomaten Frederic von Rosenberg, dem als vormaligem Außenminister des Kabinetts Cuno gerade in Stockholm einiges an Gewicht zugekommen war¹⁴. Das eigentliche Alltagsgeschäft der Gesandtschaft und deren politische Positionierung oblagen dabei allerdings in erster Linie Wieds effektiven Stellvertretern vor Ort, den Gesandtschaftsräten und jüngeren Berufsdiplomaten Erich Meynen von 1931 bis 1937 und Carl von Below bis 1941 sowie schließlich der eigentlichen grauen Eminenz der Mission, dem langjährigen Geschäftsträger Werner Dankwort, der bereits von 1927 bis 1931 an der Gesandtschaft tätig gewesen war und – gleich nach Kriegsausbruch – erneut dorthin versetzt wurde. Wied selber erschien zumeist als politisch wenig initiativ bis apathisch, von gravierenden Gesundheitsproblemen, die ihn regelmäßig zu längeren Auszeiten zwangen, einmal abgesehen¹⁵.

Die politischen Prämissen der deutschen Gesandtschaft in Stockholm wie der deutschen Schwedenpolitik insgesamt spiegelten dabei die Kontinuitäten und Konjunkturen der schwedischen Neutralität im Zweiten Weltkrieg. Im Zentrum von Hitlers Interesse an Schweden stand die Sicherung der kriegswirtschaftlich unerlässlichen Zufuhr schwedischer Rohstoffe, hier vor allem Erz, und Halbfertigprodukte. „Eisenerz und Neutralität“, so hat der schwedische Historiker Kent Zetterberg es bewusst vergrößernd zu erfassen versucht, „waren das, was Hitler von Schweden forderte – und was er bekam“¹⁶. Für das NS-Regime und damit auch die diesen Kurs mittragende Gesandtschaft vor Ort gab es, dies scheint offensichtlich, „keinen mit weniger Risiko und Ressourcenaufwand verbundenen Weg als den der Verhandlungen mit einer formal souveränen und neutralen, aufgrund vitaler wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Interessen aber zum Arrangement mit Deutschland geneigten schwedischen Regierung“¹⁷. In dem auf „Interessenausgleich

¹³ Matthias Hannemann, *Die Freunde im Norden. Norwegen und Schweden im Kalkül der deutschen Revisionspolitik 1918–1939*, Berlin 2011, u. a. S. 511 ff.

¹⁴ Rosenberg hatte zudem beinahe ein Jahrzehnt auf dem Gesandtenposten zugebracht, „eine Wohltat“, wie er sich später erinnerte. Vgl. Winfried Becker, *Frederic von Rosenberg (1874–1937). Diplomat vom späten Kaiserreich bis zum Dritten Reich, Außenminister der Weimarer Republik*, Göttingen 2011, S. 181 ff. und – für die Erinnerungen – S. 302 (Zitat).

¹⁵ Dankwort (ab 12. 6. 1942 Botschaftsrat) übernahm während der häufigen Abwesenheitszeiten Wieds von 1941 an die Funktion des Geschäftsträgers, bis schließlich 1943 der wenig mit Schweden vertraute vormalige Geschäftsträger in Washington, Hans Thomsen, als Gesandter nach Stockholm versetzt wurde. Vgl. *Biographisches Handbuch des deutschen Auswärtigen Dienstes 1871–1945*, hrsg. vom Auswärtigen Amt, Bd. 1: A–F, Paderborn u. a. 2000, S. 97, S. 399 f. und, Bd. 3: L–R, S. 249 f.; auch Roth, *Hitlers Brückenkopf*, S. 342 ff., S. 56 f. und 196 ff.; ders., *Mikrokosmos der NS-Außenpolitik – Die deutsche Gesandtschaft in Stockholm auf dem Höhepunkt ihres Ausbaus im Zweiten Weltkrieg*, in: Christian A. Braun/Michael Mayer/Sebastian Weitkamp (Hrsg.), *Deformation der Gesellschaft? Neue Forschungen zum Nationalsozialismus*, Berlin 2008, S. 75–92.

¹⁶ Kent Zetterberg, *Neutralitet till varje pris? Till frågan om den svenska säkerhetspolitiken 1940–42 och eftergifterna till Tyskland*, in: Bo Hugemark (Hrsg.), *I orkanens öga: 1941 – osäker neutralitet*, Stockholm 1992, S. 11–36, hier S. 13. Vgl. die differenziertere und noch immer maßgebliche Untersuchung von Klaus Wittmann, *Schwedens Wirtschaftsbeziehungen zum Dritten Reich 1933–1945*, München/Wien 1978, S. 241 ff.; Sven Radowitz, *Schweden und das „Dritte Reich“ 1939–1945. Die deutsch-schwedischen Beziehungen im Schatten des Zweiten Weltkrieges*, Hamburg 2005, S. 269 ff.

¹⁷ Roth, *Hitlers Brückenkopf*, S. 331. Vgl. auch Alf W. Johansson/Torbjörn Norman, *Den svenska neutralitetspolitiken i historisk perspektiv*, in: Bo Hugemark (Hrsg.), *Perspektiv på svensk säkerhetspolitik 1809–1985*, Stockholm 1986, S. 11–43; Hans-Jürgen Lutzhöft, *Deutsche Militärpolitik und schwedische Neutralität 1939–1942*, Neumünster 1981; Wittmann, *Schwedens Wirtschaftsbeziehungen*, S. 393 ff.; Radowitz, *Schweden und das „Dritte Reich“*, S. 242 ff.

und Konfliktschärfung“ ausgerichteten, im Grunde kooperativen Binnenklima der deutsch-schwedischen Beziehungen auch nach Kriegsausbruch behielt die deutsche Diplomatie ihre angestammte Rolle größtenteils bei, obgleich, dies hat Daniel Roth überzeugend nachgewiesen, die zügellose Expansion der Stockholmer Gesandtschaft auch deren Charakter nicht unbeträchtlich deformierte¹⁸. Dies schloss, insbesondere im kritischen Zeitfenster zwischen der deutschen Besetzung Dänemarks und Norwegens im Frühjahr 1940 und dem unmittelbaren Vorlauf zum Unternehmen „Barbarossa“, auch das Bemühen der Gesandtschaftsführung ein, Schweden wehrwirtschaftlich so intensiv wie möglich an die deutschen Kriegsanstrengungen zu binden, ja unter Umständen gar als aktiven Bündnispartner für den Angriffskrieg gegen die Sowjetunion zu gewinnen. Angefangen mit dem in der Praxis zunehmend pervertierten Transit-Übereinkommen der frühen 1940er Jahre ließen Berlin und die deutsche Diplomatie vor Ort keine Gelegenheit aus, Schweden die Beibehaltung einer strikteren Form von Neutralität zu erschweren¹⁹. Erst mit der kriegsbedingten Schwächung des deutschen Einflusses vor Ort befreite sich Stockholm zunehmend vom deutschen Zugriff und fand ab 1942 zu einer abwartenden, abwägenden, im Grunde strikt neutralen Haltung, die gegen Kriegsende verstärkt pro-alliierte Züge gewann²⁰.

Im Gegensatz zum schwedischen Beispiel erfolgreicher kleinstaatlicher Selbstbehauptung wurden Schwedens Anrainer Dänemark und Norwegen Opfer deutscher Aggression und im Rahmen des Unternehmens „Weserübung“ ab dem April 1940 besetzt. Die dort installierten Besatzungsregime divergierten fundamental, ja glichen weit eher entgegengesetzten Polen auf der Skala der vom NS-Regime in West-, Nordwest- und Nordeuropa eingerichteten Okkupationssysteme. Dänemark wurde von Berlin als eigenständiger Staat mit vergleichsweise autonomer Regierung, eigener Innen- und formal sogar Außenpolitik belassen. Ein Modus vivendi zum Deutschen Reich als vermeintlicher „Schutzmacht“, so die propagandistische Lesart von deutscher Seite, sollte über die Aufwertung des deutschen Gesandten vor Ort zum sogenannten Reichsbevollmächtigten sichergestellt werden. Die Verantwortung für die bilateralen Beziehungen verblieb über den Reichsbevollmächtigten beim Auswärtigen Amt²¹. Bis zur eigentlichen Zäsur im bilateralen Verhältnis, dem sogenannten Augustaufbruch von 1943 (dän. Augustoprøret), hatte sich solcherart ein vergleichsweise stabiler Modus von Besatzungsverwaltung und bilateralen Beziehungen eingependelt, der mit dem Umschwung im Kriegsverlauf allerdings grund-

¹⁸ Roth, Hitlers Brückenkopf, S. 183ff. (Zitat S. 329).

¹⁹ Ebenda, S. 329f.; Kent Zetterberg, Den tyska transiteringstrafiken genom Sverige 1940–1943, in: Stig Ekman (Hrsg.), Stormaktstryck och småstatspolitik. Aspekter på svensk politik under andra världskriget, Stockholm 1986, S. 97–118; Radowitz, Schweden und das „Dritte Reich“, S. 289ff.

²⁰ Kent Zetterberg, 1942 – Storkriget vänder, Sveriges utsatta läge består, in: Bo Hugemark (Hrsg.), Vindkantring. 1942 – politisk kursändring, Stockholm 1992, S. 81–152; ders., Svensk säkerhetspolitik 1943. En balansakt på slak lina mellan de krigförande, in: Bo Hugemark (Hrsg.), Nya fronter? 1943 – spänd väntan, Stockholm 1994, S. 15–117.

²¹ Vgl. Erich Thomsen, Deutsche Besatzungspolitik in Dänemark 1940–1945, Düsseldorf 1971, S. 11ff.; Hans Kirchhoff, Foreign Policy and Rationality – The Danish Capitulation of 9 April 1940. An Outline of a Pattern of Action, in: Scandinavian Journal of History 16 (1991), S. 237–268; Henning Poulsen, Die deutsche Besatzungspolitik in Dänemark, in: Robert Bohn u. a. (Hrsg.), Neutralität und totalitäre Aggression. Nordeuropa und die Großmächte im Zweiten Weltkrieg, Stuttgart 1991, S. 369–380; Karl Christian Lammers, Die deutsche Besatzungspolitik und ihre dänischen Partner. Eine Forschungsbilanz, in: Robert Bohn (Hrsg.), Die deutsche Herrschaft in den „germanischen“ Ländern 1940–1945, Stuttgart 1997, S. 135–144.

legend untergraben wurde und schließlich unerwartet rapide kollabierte. Der hierauf verhängte Ausnahmezustand reduzierte den Manövrierspielraum Dänemarks erheblich, enthob es bis zum Kriegsende seiner eigenen Regierung und militarisierte den Status quo im bilateralen Verhältnis anhaltend²².

Für den Zeitraum April 1940 bis August 1943 freilich lässt sich, legt man die in den frühen 1940er Jahren von Werner Best, dem späteren Reichsbevollmächtigten in Dänemark, entwickelte Typologie von Besetzungstypen an, der sicherlich weitreichendste Versuch ausmachen, im deutschen Herrschaftsbereich eine sogenannte Bündnisverwaltung zu etablieren. In Absetzung von der rigideren „Aufsichtsverwaltung“ war Letztere vor allem durch eine bewusst schwache Zivilverwaltung gekennzeichnet, die sich vertraglich zur Wahrung der territorialen und staatlichen Integrität des Landes verpflichtet sah und damit auch von jenen Formen von Einmischung in die inneren Angelegenheiten Abstand zu nehmen hatte, die ansonsten zentral mit der Funktion und Praxis von Besetzung assoziiert sind²³. Dies erklärt den geradezu kuriosen Umstand, dass beide Reichsbevollmächtigten in Kopenhagen, der von 1940 bis zur Telegrammkrise im November 1942 amtierende Berufsdiplomat Cécil von Renthe-Fink und der auf diesen folgende SS-Obergruppenführer Best, mit einer Koalitionsregierung unter Führung des langjährigen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Thorvald Stauning zu arbeiten hatten, die nach dessen Tod im Mai 1942 erst vom Sozialdemokraten Vilhelm Buhl, nach der sogenannten Telegrammkrise im Herbst des Jahres vom vormaligen liberalen Außenminister Erik Scavenius geführt wurde²⁴. Unter Best normalisierten sich die nicht gänzlich krisenfesten Modi deutsch-dänischer Kooperations- und Verhandlungspolitik so weitgehend, dass – ein Unikum im deutsch kontrollierten Orbit – im März 1943 die verfassungsgemäß vorgeschriebenen Wahlen zum dänischen Reichstag abgehalten werden konnten. Dass die Träger der Zusammenarbeitspolitik in der Koalitionsregierung noch gestärkt aus den Parlamentswahlen hervorgingen, ließ dabei vor allem Best triumphieren, auch und gerade gegen politische Gegner in Berlin, unter anderem Unterstaatssekretär Martin Luther, der für einen härteren Kurs der innenpolitischen Einflussnahme plädiert hatte²⁵.

Der norwegische Fall unterscheidet sich insofern, als trotz einer ähnlichen – auch konzeptionellen – Ausgangslage auf deutscher Seite zeitnah eine dezidiert härtere, direk-

²² Hans Kirchhoff, *Augustoprøret 1943. Samarbejdspolitikens Fald. Forudsætninger og Forløb. En studie i kollaboration og modstand*, Bde. I-III, Kopenhagen 1979; auch Thomsen, *Deutsche Besatzungspolitik*, S. 151ff.

²³ Das effektiv besetzte Dänemark besitzt dabei vor August 1943 völkerrechtlich größtenteils Züge der von Best beschriebenen „Bündnisverwaltung“, im wirtschafts- und handelspolitischen Bereich freilich in erster Linie Elemente eines von Best als „Aufsichtsverwaltung“ bezeichneten Systems. Bests Typologie findet sich systematischer entwickelt in: Werner Best, *Grundfragen einer deutschen Großraum-Verwaltung*, in: Wilhelm Stuckart (Hrsg.), *Festgabe für Heinrich Himmler*, Darmstadt 1941, S. 33–60, hier S. 54ff.; zu Best und seinen großräumpolitischen Konzeptionen vgl. Ulrich Herbert, *Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903–1989*, Bonn 2001 (TB), S. 290ff. und 323ff.

²⁴ Scavenius, ein traditioneller Berufsdiplomat, der bereits vor und im Ersten Weltkrieg dänischer Außenminister gewesen war, ist zweifelsohne die Schlüsselfigur dieses Beziehungsgeflechts; vgl. Viggo Sjøquist, Erik Scavenius. Danmarks udenrigsminister under to verdenskrige, statsminister 1942–1945, 2 Bde., Kopenhagen 1973; Bo Lidegaard, *Kampen om Danmark 1933–1945*, Kopenhagen 2005, u. a. S. 353ff.

²⁵ Herbert, Best, S. 340 (auch Anm. 50, S. 612); Kirchhoff, *Augustoprøret 1943*, Bd. I, S. 197.

tere Variante von Okkupationsherrschaft eingerichtet wurde, ein sogenanntes Reichskommissariat unter dem vormaligen Gauleiter von Essen, Josef Terboven²⁶. In Hitlers Sicht wurde dies spätestens notwendig, als sich die ursprünglich favorisierte mildere Variante, orientiert am dänischen Präzedenzfall, aufgrund der eskalierenden Entwicklung im Zusammenhang mit der Invasion nicht durchsetzen ließ. Obgleich formal als Zivilverwaltung zu klassifizieren, war der Einfluss von Politik und Ideologie, Wehrmacht – und hier vor allem der Kriegsmarine – und Kriegswirtschaft so zentral, dass der Bests Typologie entlehnte Begriff der „Aufsichtsverwaltung“ im Hinblick auf die deutsche Besatzungsherrschaft in Norwegen mehr in die Irre führt als zur Klärung beiträgt. Im Grunde verdeckt das Kompositum aus reichskommissarischer Aufsicht und vermeintlich einheimischer Verwaltung euphemistisch „das rücksichtslose Diktat und das tatsächliche Ausmaß der Eingriffe der Okkupationsmacht“²⁷.

Für den Blick auf die Rolle des Auswärtigen Amts scheint in erster Linie die Phase der Genese des Besatzungsregimes in Norwegen von Belang. Mit der eigentlichen Etablierung des Reichskommissariats, kulminierend in der Ernennung Terbovens zum Reichskommissar für die besetzten norwegischen Gebiete per Führererlass vom 24. April, endete de facto die Zuständigkeit des Auswärtigen Amts für Norwegen – ein Zustand, der erst die Auflösung der Gesandtschaft, dann auch die formale Kündigung der Zuständigkeit durch das Amt am 6. Juni nach sich zog²⁸. Der deutsche Gesandte, Curt Bräuer, war bereits Mitte April von Hitler zurückgezogen worden. Im Führererlass kommt dem Reichskommissar nicht nur die höchste, völlig unbeschränkte Zivilgewalt im besetzten Land zu; er wird zudem als Institution der Autorität des Auswärtigen Amts entzogen und unmittelbar dem „Führer“ unterstellt²⁹. Die neuen Strukturen des besetzten Norwegens, repliziert im politisch ähnlich gelagerten Fall der Niederlande, erlauben keine substanziellen Einblicke in das Geschäft der deutschen Diplomatie, da das Land ab Ende April 1940 effektiv Bestandteil einer „großgermanisch“ erweiterten nationalsozialistischen Innenpolitik geworden war³⁰.

Finland vereint einen Großteil der bereits umrissenen Kriegserfahrungen und stellt somit den komplexesten und am schwersten zu fassenden Fall unter den Staaten Nordeuropas dar. Auf anfängliche Neutralität folgte mit dem sowjetisch-finnischen Winterkrieg

²⁶ Hans-Dietrich Looock, Quisling, Rosenberg und Terboven. Zur Vorgeschichte und Geschichte der nationalsozialistischen Revolution in Norwegen, Stuttgart 1970, S. 243ff. und 304ff.; Robert Bohn, Die Errichtung des Reichskommissariats Norwegen, in: Bohn u. a. (Hrsg.), Neutralität und totalitäre Aggression, S. 129–148; ders., Reichskommissariat Norwegen. „Nationalsozialistische Neuordnung“ und Kriegswirtschaft, München 2000, S. 31ff.; Berit Nøkleby, Josef Terboven – Hitlers mann i Norge, Oslo ²2008.

²⁷ Werner Röhr, System oder organisiertes Chaos? Fragen einer Typologie der deutschen Okkupationsregime im Zweiten Weltkrieg, in: Bohn (Hrsg.), Die deutsche Herrschaft, S. 11–46, hier S. 39f.

²⁸ Looock, Quisling, Rosenberg und Terboven, S. 326ff.

²⁹ „Erlass des Führers über Ausübung der Regierungsbefugnisse in Norwegen“ vom 24. 4. 1940, in: Reichsgesetzblatt (künftig: RGBl.) I (1940), S. 677; Bohn, Reichskommissariat Norwegen (2000), S. 34f. und 57ff.; Looock, Quisling, Rosenberg und Terboven, S. 339f.

³⁰ Die Formulierung geht zurück auf Hans-Dietrich Looock, Zur „Großgermanischen Politik“ des Dritten Reiches, in: VfZ 8 (1960), S. 37–60; auch ders., Nordeuropa zwischen Außenpolitik und „großgermanischer“ Innenpolitik, in: Manfred Funke (Hrsg.), Hitler, Deutschland und die Mächte: Materialien zur Außenpolitik des Dritten Reiches, Düsseldorf ²1978, S. 684–706; zu den Besatzungsstrukturen in den Niederlanden vgl. „Erlass des Führers über Ausübung der Regierungsbefugnisse in den Niederlanden“ vom 18. 5. 1940, in: RGBl. I (1940), S. 778; vgl. Isabel Gallin, Machtstrukturen im Reichskommissariat Niederlande, in: Bohn (Hrsg.), Die deutsche Herrschaft, S. 145–157.

eine von außen an das kleine Land herangetragene Aggression, in deren Gefolge die finnische Staatsführung im Zeitfenster 1940/41 intensiv die Nähe zum nationalsozialistischen Deutschland suchte. An dessen Seite überfiel man im Juni 1941 die Sowjetunion, um vor dem Hintergrund der Kriegswende im Osten ab Frühjahr 1943 erneut die Distanz zu suchen. Nach dem Zerfall der deutsch-finnischen Militärkoalition Anfang September 1944 schloss sich für das von ca. 213 000 deutschen Soldaten besetzte Nordfinnland eine mehrmonatige Phase der effektiven Besetzung an, die funktional in erster Linie der Evakuierung von Truppenkontingenten nach Nordnorwegen geschuldet war³¹. Nichtsdestoweniger hinterließen die erst mit Kriegsende vollständig zurückgezogenen Wehrmachtverbände in den von ihnen kontrollierten Teilen Lapplands größtenteils „verbrannte Erde“³². Im Hinblick auf die deutsche Diplomatie hat in diesem Zusammenhang vor allem die Ausgestaltung des deutsch-finnischen Verhältnisses im Zeitfenster zwischen 1941 und 1944 von besonderem Interesse zu sein – jene Phase des Koalitionskriegs gegen die UdSSR, die in beiden Sprachen bereits zeitgenössisch als „Waffenbrüderschaft“ (finn. Aseveljeys) mythisiert und entsprechend propagandistisch inszeniert wurde³³.

Blickt man insgesamt auf die hier nur umrissene Bandbreite an Phänomenen, so wird deutlich, welch unterschiedlichen Voraussetzungen und Erfordernissen sich die Diplomatie, ja im Grunde die Nordeuropapolitik des Auswärtigen Amts gegenüber sah. Einheitlich konnte sie angesichts des komplexen Potpourris von Besatzungsherrschaft, Neutralitätspolitik und Bündnismoderation ohnehin nicht sein. Zusammengeführt wurden die unterschiedlichen Stränge im Referat VI „Skandinavien und Randstaaten“ der Politischen Abteilung des Amts, das in unterschiedlichen Bezeichnungen bereits seit 1934 dem Vortragenden Legationsrat Werner von Grundherr zu Altenthann und Weyershaus unterstand, der noch 1940 mit der Amtsbezeichnung Gesandter versehen wurde. Dass es sich bei dem 1888 geborenen und 1918 in den Auswärtigen Dienst eingetretenen Grundherr um einen Beamten alten Typs handelte, hatte selbst die NSDAP erkannt, die, wie Hans-Jürgen Döscher feststellt, seinen Aufnahmeantrag vom 4. Juni 1940 unter Hinweis

³¹ Vgl. zuletzt Tiina Kinnunen/Ville Kivimäki (Hrsg.), *Finland in World War II: History, Memory, Interpretations*, Leiden/Boston 2012, dort u. a. die Beiträge von Henrik Meinander, Michael Jonas und Pasi Tuunainen sowie die exzellente Einleitung von Ville Kivimäki.

³² Sampo Ahto, *Aseveljet vastakkain. Lapin sota 1944–1945*, Helsinki 1980; Bernd Wegner, *Das Kriegsende in Skandinavien*, in: *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, Bd. 8: Karl-Heinz Frieser (Hrsg.), *Die Ostfront 1943/44. Der Krieg im Osten und an den Nebenfronten*, München 2007, S. 961–1008, hier S. 992ff.

³³ Von wenigen Ausnahmen in der finnischen Historiographie abgesehen, steht in der Forschung heute außer Frage, dass es sich bei dem deutsch-finnischen Angriff auf die UdSSR vom Juni 1941 um eine „militärische Aktionsgemeinschaft“ handelte, die in ihrer Genese und ihren Grundlagen den Charakter eines Koalitionskriegs trug, obgleich ihr dabei zweifelsohne eine Reihe konstitutiver Merkmale dieser Form der Kriegführung abgingen. Vgl. u. a. Gerd R. Ueberschär, *Koalitionskriegführung im Zweiten Weltkrieg. Probleme der deutsch-finnischen Waffenbrüderschaft im Kampf gegen die Sowjetunion*, in: Manfred Messerschmidt u. a. (Hrsg.), *Militärgeschichte. Probleme – Thesen – Wege*, Stuttgart 1982, S. 355–382; *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, Bd. 4: Horst Boog u. a. (Hrsg.), *Der Angriff auf die Sowjetunion*, Stuttgart 1983, S. 365–403, hier S. 402 (Zitat); für die finnische Forschung grundlegend: Mauno Jokipii: *Jatkosodan synty. Tutkimus Saksan ja Suomen sotilaallista yhteistyöstä 1940–1941*, Keuruu 1987; siehe auch die Forschungsüberblicke von Markku Jokisipilä, „Kappas vaan, saksalaisia!“ *Keskustelu Suomen jatkosodan 1941–1944 luonteesta*, in: Ders. u. a. (Hrsg.), *Sodan totuudet – Yksi suomalainen vastaa 5,7 ryssä*, Helsinki 2007, S. 153–182; Henrik Meinander, *A Separate Story? Interpretations of Finland in the Second World War*, in: Stenius u. a. (Hrsg.), *Nordic Narratives*, S. 55–78.

auf die „ausgeprägte Eitelkeit, Standesdünkel, früheres Desinteresse an der NSDAP und offensichtliche[n] Opportunismus“ des Antragstellers ablehnte³⁴. Opportunismus lässt sich Grundherr auch im Hinblick auf seine Amtsführung unterstellen, die durchaus empfänglich gewesen zu sein scheint für antisemitische Impulse aus der Abteilung Deutschland, freilich ohne dass der Skandinavienreferent in diesen Angelegenheiten selber initiativ geworden wäre. Während er beispielsweise im Falle Dänemarks bereits 1941/42 im Verbund mit dem sogenannten Judenreferenten der Abteilung Deutschland, Franz Rademacher, eine Aufnahme der, so heißt es, „endgültig zu lösenden Judenfrage“ mit der dänischen Regierung anregte, deckte Grundherr im Falle der ähnlich sensiblen deutsch-finnischen Beziehungen das gänzlich anders geartete Verhalten des Gesandten in Helsinki, Wipert von Blücher, auch und gerade in der sogenannten Judenpolitik³⁵. Im Grunde scheinen ihn dabei die hinreichend bekannten Motive geleitet zu haben: für den Diplomaten typische außenpolitische Erwägungen, der verabsolutierte Primat der Außenpolitik auf der einen, die opportunistische Konsolidierung der eigenen – vergleichsweise labilen – Stellung im Auswärtigen Dienst auf der anderen Seite. Weitergehende nord-europapolitische Initiativen waren vor diesem Hintergrund von Grundherr nicht zu erwarten.

Im Gegensatz zu Grundherr, dessen Verhalten durchaus symptomatische Züge für die höhere Beamenschaft aufweist, erwies sich dessen langjähriger politischer Freund in Helsinki, der Gesandte Wipert von Blücher, als aktiver und im Umgang mit der Zentrale und der Amtsführung als durchaus selbstbewusster Missionschef³⁶. Dies hing zweifelsohne auch mit der Eigentümlichkeit des deutsch-finnischen Verhältnisses in den Kriegsjahren zusammen, das ihm und seiner Mission einen individuellen wie außenpolitischen Rückzugsraum bot. Die sensiblen und für die Kriegführung im Osten zentralen Beziehungen zwischen Berlin und Helsinki bedurften in den Jahren 1941 bis 1944 eines Bindeglieds, das in der Lage war, die Befindlichkeiten und politischen Präferenzen der finnischen Führung um Staatspräsident Risto Ryti und den Oberbefehlshaber der finnischen Streitkräfte, Marschall Carl Gustaf Emil Mannerheim, in adäquater Form an Berlin heranzutragen, ohne dabei das deutsche Kerninteresse an einer Fortsetzung des Militärbündnisses mit Finnland aus den Augen zu verlieren. Blüchers häufige Interventionen zugunsten der finnischen Sicht, auch und gerade in nordeuropapolitischen Belangen, trugen ihm nicht gänzlich zu Unrecht bei Ribbentrop den Vorwurf ein, als notorischer „Fennophiler“ dessen eigene Politik zu hintertreiben³⁷. Blüchers Pendant im Militärischen bildete der deutsche Verbindungsgeneral im finnischen Hauptquartier in Mikkeli, General der Infanterie Waldemar Erfurth, ein Generalstabsoffizier von „feiner humanistischer Bildung“, der sich

³⁴ Döscher, *Das Auswärtige Amt*, S. 70f. (Zitat); ders., *Seilschaften. Die verdrängte Vergangenheit des Auswärtigen Amtes*, Berlin 2005, S. 107f. Zur Biographie Grundherrns vgl. Staatsarchiv (künftig: STA) Nürnberg, Spruchkammerakte Werner von Grundherr, u. a. Verteidigungsschrift Grundherrns vom 23. 3. 1948, S. 8ff.; Biographisches Handbuch des deutschen Auswärtigen Dienstes 1871–1945, Bd. 2: G–K, Paderborn u. a. 2005, S. 124f.

³⁵ Conze u. a., *Amt*, S. 245f.; Michael Jonas, *NS-Diplomatie und Bündnispolitik 1935–1944*. Wipert von Blücher, *das Dritte Reich und Finnland*, Paderborn 2011, S. 375ff.

³⁶ Zum biographischen Hintergrund und zur politischen Mentalität Blüchers vgl. Jonas, *NS-Diplomatie*, S. 33ff.

³⁷ Die Bezeichnung „fennophil“ (im Original „finnophil“) geht auf eine Denkschrift des Staatssekretärs Ernst von Weizsäcker zurück. Vgl. Leonidas Hill (Hrsg.), *Die Weizsäcker-Papiere 1933–1950*, Frankfurt a. M. u. a. 1974, Eintrag vom 26. 6. 1940, S. 210; zum Kontext Jonas, *NS-Diplomatie*, S. 171ff.

über seine intensive langjährige Bindung an Mannerheim die finnischen Interessen noch wesentlich expliziter zu eigen machte, als dies bei Blücher der Fall war³⁸.

Blüchers allgemeines Verständnis von Außenpolitik bewegte sich – ebenso wie die Grundlagen seiner Finnlandpolitik im Konkreten – innerhalb der traditionellen Parameter spätwilhelminischer Diplomatie und kultivierte eben jene zeittypischen Präferenzen und Ressentiments, die das politische Bewusstsein national-konservativer Diplomaten im Auswärtigen Dienst prägten. Sein außenpolitisches Credo – im traditionellen Sinne der Staatsräson verpflichtet – war dabei ideologischer oder genauer: parteipolitischer Rücksichtnahme unzugänglich. Im Hinblick auf das deutsch-finnische Verhältnis hatte diese Grundhaltung zur Folge, dass er sich politisch auf die bewährten Träger der deutsch-finnischen Beziehungen stützte. Im Positiven äußerte sich dies in der Pflege der bilateralen Kirchenbeziehungen sowie im kontinuierlichen Ausbau seiner Verbindungen in die Netzwerke der finnischen Konservativen in Politik und Militär hinein; im Negativen, sieht man von der üblichen Bekenntnisrhetorik ab, in Blüchers vorsätzlicher Distanz zum einheimischen Faschismus, der „Isänmaallinen kansanliike“ (IKL, dt. Vaterländische Volksbewegung), und in seinem beharrlichen Bemühen, einer Einflussnahme seitens der NSDAP und ihrer Organisationen so weit wie möglich vorzubeugen³⁹. Blüchers Obstruktionshaltung spiegelte sich auch in einer Reihe von Interventionen wider, zu denen er sich aufgrund der NS-Judenpolitik veranlasst sah und die dazu angetan waren, einem potenziellen Vorgehen gegen den jüdischen Bevölkerungsteil Finnlands, ja im Grunde Nordeuropas präventiv entgegenzuwirken⁴⁰.

Auf der Grundlage seiner finnlandpolitischen Vorstellungen und Erfahrungen entwickelte Blücher in den frühen 1940er Jahren in zunehmendem Maße Politikansätze, die den vorherrschenden Prämissen deutscher Gewalt- und Okkupationspolitik diametral entgegenstanden. Am kohärentesten lässt sich Blüchers alternativpolitischer Ansatz anhand seiner Vorschläge zur Ausrichtung deutscher Politik in Nordeuropa veranschaulichen. Das deutsch-finnische Verhältnis firmiert in diesem Zusammenhang nicht nur als konstitutiver Bestandteil eines ambitionierten Gesamtentwurfs, sondern geradezu als Modell deutscher Politik im Ostseeraum und in Skandinavien. Wie bereits in der Vorkriegszeit sah Blücher auch unter den veränderten Rahmenbedingungen nach dem Winterkrieg die Notwendigkeit, Finnlands staatliche Eigenständigkeit als „autochthone Bauerndemokratie“ durch

³⁸ Carl Gustav Emil Mannerheim, *Erinnerungen*, Zürich/Freiburg i. Br. 1952, S. 529 (Zitat). Eine umfassende Biographie Erfurths stellt weiterhin ein eklatantes Forschungsdesiderat dar. Zu Erfurths Dienstzeit in Finnland vgl. Waldemar Erfurth, *Der finnische Krieg 1941–1944*, Wiesbaden 1950; Jonas, *NS-Diplomatie*, S. 570f.; Manfred Menger, *Deutschland und Finnland im zweiten Weltkrieg. Genesis und Scheitern einer Militärallianz*, Berlin (Ost) 1988, S. 214f.; kritisch die *Memoiren des deutschen Militärattachés in Helsinki*, Oberst Horst Kitschmann, Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg i. Br., MSg 2/3317: „Als Militärattaché in Helsinki“, Dokumentation von Herrn Oberst a. D. Kitschmann vom Dezember 1962, hier S. 162f.

³⁹ Kansallisarkisto (Staatsarchiv, künftig: KA) Helsinki, Nachlass Wipert von Blücher, hier vor allem die programmatischen Denkschriften Blüchers vom 31. 10. 1940, 29. 10. 1942 sowie vom Juni und Juli 1943; Wipert von Blücher, *Gesandter zwischen Diktatur und Demokratie. Erinnerungen aus den Jahren 1935–1944*, Wiesbaden 1951, u. a. S. 334ff.; Michael Jonas, *Alternativpolitik und Diplomatie. Das Auswärtige Amt und Nordeuropa im Zweiten Weltkrieg*, in: *Historische Zeitschrift* 293 (2011), S. 667–707; Jonas, *NS-Diplomatie*, S. 100ff. und 335ff.

⁴⁰ Jonas, *NS-Diplomatie*, S. 375ff.; ders., „Die deutsche Judenpolitik entfremdet uns innerlich dem finnischen Volk“. Wipert von Blücher, *die NS-Judenpolitik und Finnland im Zweiten Weltkrieg*, in: *Nordeuropaforum. Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur* 14 (2004), S. 3–26.

eine Politik weitgehender Nichteinmischung zu wahren. Die staatliche Existenz und Unabhängigkeit Finnlands galt ihm in dieser Auslegung als zentrales „außenpolitisches Postulat“ deutscher Finnlandpolitik⁴¹. In der Bündniskonstellation der frühen 1940er Jahre sah der Gesandte einerseits die Vollendung der bilateralen Beziehungen, andererseits einen Modellfall schlechthin für die Ordnung des Verhältnisses von Hegemonialmacht und Kleinstaat. Seine Überzeugung, im deutsch-finnischen Verhältnis den Idealfall deutscher Hegemonialpolitik in miniature vorzufinden, motivierte ihn seit Kriegsausbruch zu einer Reihe von Initiativen, die auf die Übertragung des finnischen Modells auf das Konglomerat von Kleinstaaten im Ostseeraum und im besetzten Westskandinavien abzielten.

Mit sicherem Blick für die begrenzten deutschen Ressourcen favorisierte Blücher dabei gegenüber einer offenen Expansionspolitik das Modell einer teilintegrativen indirekten (Vor-)Herrschaft, das die auswärtigen Beziehungen des Deutschen Reiches zum gesamten feno-skandinavischen Norden kennzeichnen sollte. Nahziel seiner Überlegungen war es offenbar, angesichts der deutschen Besetzung Dänemarks und Norwegens den verschärften Antagonismus zwischen dem „Dritten Reich“ und den verbliebenen nordischen Staaten, Finnland und Schweden, zu überwinden und einen *modus vivendi* herbeizuführen, der sich längerfristig, also auch über den Krieg hinaus, als tragfähig erweisen könne. Im Zentrum stand in diesem Zusammenhang die ein ums andere Mal formulierte Erkenntnis, der Norden stelle sich unter gar keinen Umständen als potenzielles Expansions- oder Protektoratsgebiet dar. Hier war Blüchers Entwurf einer deutschen Sonderbeziehung zu Nordeuropa beinahe idealtypisch angelegt. Dieser bildete fraglos den Tenor einer Alternativpolitik, die die gesamten frühen 1940er Jahre umspannte und sich angesichts des Kriegsverlaufs ab 1943 zunehmend letzter Skrupel in der Berichterstattung entledigte⁴².

Seiner Ablehnung der ideologischen Prämissen nationalsozialistischer Außenpolitik stellte er dabei den von ihm seit Mitte 1940 entwickelten Gegenentwurf eines deutschen Verhältnisses zu Nordeuropa entgegen, der in der Tradition des älteren Mitteleuropadenkens von föderativen, integrativen und kooperativen Elementen bestimmt war. Auf Grundlage der Erkenntnis, dass „die eigenartigen und eigenwilligen Nordländer nicht assimilierbar sind“ und daher Alternativen zu einer gewaltsamen Einverleibung des Nordens in den deutschen Machtbereich gefunden werden müssen, postulierte der Gesandte selbstbewusst: „Das positive Ziel der deutschen Politik im Norden muß dahin gehen, daß die nordischen Länder als freie Staaten, gleichberechtigt mit den Achsenmächten, auf der Basis der ihnen adäquaten staatlichen Lebensformen mit allen Kräften an den Aufgaben des Neuen Europas mitarbeiten.“ Optimistisch gab er die Prognose, dass eine solche strategische Ausrichtung der Nordeuropapolitik dem Deutschen Reich in jeder Hinsicht Vorteile einbringen und insbesondere zur Festigung des hier nur indirekt formulierten deutschen Hegemonialanspruchs auf dem Kontinent beitragen würde. „Die deutsche Politik muß demgemäß bei Normalisierung der Beziehungen zu den nordischen Ländern den besonderen dort herrschenden Verhältnissen in geschmeidiger Anpassung [...] Rechnung tragen.“ „Auf direkten Wegen“, d. h. über militärische Okkupation und gewaltsame

⁴¹ StA München, Spruchkammerakte Wipert von Blücher, Verteidigungsschrift Blüchers „Mein Fall“ vom 22. 5. 1947 (Zitat). Zur Relativierung vgl. Jonas, Alternativpolitik und Diplomatie, S. 675 f.

⁴² KA, Nachlass Wipert von Blücher, Denkschrift Blüchers „Palermo-Petsamo“ vom 31. 10. 1940, als vergleichsweise frühes Beispiel. Zum weiteren Kontext vgl. Jonas, Alternativpolitik und Diplomatie, S. 678 ff.

Einverleibung, ließe sich eine wie auch immer geartete Einflussnahme Deutschlands auf den Norden jedoch unter keinen Umständen bewerkstelligen⁴³.

Den eloquentesten und inhaltlich reifsten Ausdruck fanden Blüchers nordeuropapolitische Vorstellungen schließlich im Gefolge der dänischen Krise vom Herbst 1943. In einer umfänglichen Denkschrift, deren Titel – „Normalisierung des Verhältnisses zum Norden“ – erstmals konkret auf deren eigentliche programmatische Ausrichtung Bezug nahm, kondensierte der Gesandte ein letztes Mal vor Kriegsende seine Gedanken zur deutschen Nordeuropapolitik. Anlass für seine erneute Intervention war der Effekt, den die dramatische Eskalation deutscher Besatzungspolitik in Dänemark auf Finnland sowie den Norden im Allgemeinen hatte. Für die von ihm avisierte Normalisierung des deutschen Verhältnisses zu Nordeuropa gab Blücher dem Amt hier – konkreter als jemals zuvor – Handlungsvorschläge an die Hand. Eine öffentliche Willenserklärung, nach der die Okkupation Dänemarks und Norwegens nach dem Krieg aufzuheben und die Integrität und Souveränität der besetzten Länder wiederherzustellen sei, solle von einer Reihe praktischer Schritte gefolgt werden, deren Umsetzung bereits im Laufe des Krieges zu erfolgen habe: die „Wiedereinrichtung deutscher Gesandtschaften in Kopenhagen und Oslo“, die „Anpassung der Verwaltung an die neuen Ziele unter Betonung des Übergangscharakters“, die „Unterstellung der gesamten Dänemark und Norwegen betreffenden Fragen, soweit sie nicht militärischer Natur sind, unter das Auswärtige Amt“⁴⁴.

Blüchers konkrete, kurzfristig zu implementierenden Maßnahmen zielten offensichtlich in erster Linie auf die Wiederherstellung der Zuständigkeit des Auswärtigen Amts ab und lassen sich insofern auch als Teil jenes „innenpolitischen Machtkampfes“ deuten, den Klaus-Jürgen Müller in Absetzung von Begriffen wie Widerstand und Opposition als zentrales Motiv im Verhalten der national-konservativen Eliten ausgemacht hat⁴⁵. Sie waren jedoch nicht nur diesem Selbstzweck geschuldet, sondern vielmehr darauf abgestellt, das deutsch-finnische wie das Verhältnis Deutschlands zu Nordeuropa im Allgemeinen schnellstmöglich zu entkrampfen und mittelfristig in geordnete Bahnen zu überführen. Betrachtet man die Interventionen des Gesandten in ihrem Gesamtzusammenhang, stellt sich vor allem die Art und Weise als bemerkenswert dar, in der es ihm über seine formvollendete und stets ostensible diplomatische Berichterstattung an das Auswärtige Amt über Jahre hinweg gelang, eine auf Kooperation ausgerichtete Deeskalationspolitik von deutscher Seite zu ventilieren, ohne sich selbst politisch zu exponieren und damit angreifbar zu machen⁴⁶.

⁴³ Dabei dramatisiert er unter Hinweis auf die vermeintlich verfehlte Finnlandpolitik der russischen Verwaltung unter Generalgouverneur Nikolai Bobrikoff in den 1890er Jahren die Umstände in Finnland und warnt, die Beispiele Norwegens und Dänemarks vor Augen, in pathetischem Gestus davor, dass es „bei jeder Krise, in die die betreffende Großmacht gerät, [...] im Norden zu einer Neuauflage der Sizilianischen Vesper kommen“ könnte. Vgl. KA, Nachlass Wipert von Blücher, Denkschrift Blüchers „Deutschland und Norden“ vom 7. 7. 1943 (sämtliche unmittelbar vorhergehenden Zitate).

⁴⁴ KA, Nachlass Wipert von Blücher, Denkschrift Blüchers „Normalisierung des Verhältnisses zum Norden“ vom 11. 11. 1943. Blüchers Skepsis im Hinblick auf den Kriegsausgang wird hier auch im Kleinen deutlich, so u. a. in seiner korrigierenden Ersetzung des Passus „nach dem Siege“ durch „nach dem Kriege“.

⁴⁵ Klaus-Jürgen Müller, Zu Struktur und Eigenart der nationalkonservativen Opposition bis 1938. Innenpolitischer Machtkampf, Kriegsverhinderungspolitik und Eventual-Staatsstreichplanung, in: Jürgen Schmädede/Peter Steinbach (Hrsg.), Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler, München u. a. 2¹⁹⁹⁴, S. 329–344.

⁴⁶ Walter Bußmann, Das Auswärtige Amt unter der nationalsozialistischen Diktatur, in: Manfred Funke u. a. (Hrsg.), Demokratie und Diktatur. Geist und Gestalt politischer Herrschaft in Deutschland und Europa, Bonn 1987, S. 252–265.

Sein beständiger Verweis auf vermeintliche Befindlichkeiten in Finnland und in den skandinavischen Staaten, deren potenzielle Wirkung auf das deutsch-finnische Verhältnis und die damit verbundene außenpolitische Interessenlage des Deutschen Reiches besaß in diesem Zusammenhang zweifellos auch die Funktion, ihm eine gewisse Einflussnahme auf Bereiche außerhalb seiner eingeschränkten Zuständigkeiten zu ermöglichen. Der in der Regel indirekte Zugriff auf das von ihm behandelte Problem kaschierte dabei den Grad seines persönlichen Dissenses von der offiziellen Berliner Politik, wie sie sich für ihn in den verfehlten Besatzungsregimes in Westskandinavien manifestierte⁴⁷.

Der ungewöhnlich liberale Gehalt von Blüchers alternativer Finnland- und Nordeuropapolitik mag auf Grundlage der allgemein etablierten Begriffe von deutscher Besatzungspolitik, die zumal in Bezug auf Nordeuropa lange mit dem omnipräsenten Verweis auf Quisling allzu schematisch operierten, auf den ersten Blick erstaunen. Gerade in ihrer konsequenten Absetzung von Hitlers rassenideologisch begründeten Vorstellungen eines „Großgermanischen Reiches“ wirken die nordeuropapolitischen Ansätze des Gesandten wie der vereinzelt Sonderfall, der sich zur Verifikation einer allgemeinen Regel heranziehen ließe⁴⁸. Nichtsdestoweniger gehörten Konzeptionen wie die Blüchersche ebenso zum außen- und besatzungspolitischen Repertoire des „Dritten Reiches“ wie die von Terboven in Norwegen umgesetzte „Politik der harten Hand“, nirgendwo mehr als im nord- und nordwesteuropäischen Kontext⁴⁹. Bezeichnend stellt sich in Bezug auf Skandinavien und den Ostseeraum dabei vor allem die Ambivalenz des deutschen Vorgehens dar, die in der eklektischen Entscheidungsfindung, zuweilen gar in dem launischen Naturell Hitlers ihren Ausgang fand und sich durch die Polykratie nationalsozialistischer Außenpolitik hindurch perpetuierte.

Die erst von Renthe-Fink, dann von Best betriebene Besatzungspolitik in Dänemark macht diesen Zusammenhang nahezu exemplarisch deutlich, fand sich mit Best doch das Beispiel eines buchstäblichen Alternativpolitikers aus dem Zentrum der NS-Herrschaft, der dem Präjudiz, das diesen Vordenkern der NS-Weltanschauung auch zeitgenössisch anhaftete, in seiner pragmatisch-kooperativen Haltung so überhaupt nicht entsprach. Mit

⁴⁷ Zu Blüchers Berichtspraxis vgl. PA AA, Nachlass Wipert von Blücher, Bestand 84: Erinnerungen II, S. 59f.; Blücher, Erinnerungen, S. 318f.; Jonas, NS-Diplomatie, S. 370ff.

⁴⁸ Zu Selbstbild und Selbstrechtfertigung vgl. StA München, Spruchkammerakte Wipert von Blücher, Verteidigungsschrift Blüchers vom 22. 5. 1947; ebenda, Affidavit Grundherrs vom 6. 6. 1947; Blücher, Erinnerungen, u. a. S. 334ff. Hitlers Großraumvisionen bezogen auf Nordeuropa sind angedeutet in – den nicht unproblematischen Aufzeichnungen – von Henry Picker, Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus, Berlin ³1999, Einträge vom 28. 3. 1942, S. 216f., und vom 8. 6. 1942, S. 523f.; aus der Forschung vgl. Looock, Zur „Großgermanischen Politik“, S. 37ff.; ders., Nordeuropa, in: Funke (Hrsg.), Hitler, Deutschland und die Mächte, S. 684ff.; Fritz Petrick, Der 9. April 1940 und die „Neuordnung“ Nordeuropas, in: Robert Bohn (Hrsg.), Deutschland, Europa und der Norden. Ausgewählte Probleme der nordeuropäischen Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 1993, S. 97–105.

⁴⁹ Selbst die Rolle von Terboven und dessen Okkupationsverwaltung wird dabei von Bohn, Reichskommissariat Norwegen (2000), S. 159ff. und 454f., einer Revision unterzogen. Für die vom Reichskommissar für die besetzten niederländischen Gebiete, Arthur Seyß-Inquart, entwickelte Okkupationspolitik vgl. die frühe Studie von Konrad Kwiet, Reichskommissariat Niederlande. Versuch und Scheitern nationalsozialistischer Neuordnung, Stuttgart 1968, mit dem Diktum Seyß-Inquarts, S. 57, in dem sich das Selbstverständnis der NS-Hoheitsträger in den besetzten Gebieten Nord- und Nordwesteuropas paradigmatisch widerspiegelt: „Im Osten haben wir eine nationalsozialistische Mission, drüben im Westen haben wir eine Funktion.“ Vgl. auch Gerhard Hirschfeld, Fremdherrschaft und Kollaboration. Die Niederlande unter deutscher Besatzung 1940–1945, Stuttgart 1984.

dem konsequenten Ausbau der seit April 1940 etablierten Politik der Zusammenarbeit zwischen innenpolitisch autonom agierender dänischer Regierung und deutscher „Bündnisverwaltung“ schuf der Reichsbevollmächtigte einen Modellfall deutscher Hegemonialpolitik, der in vielerlei Hinsicht ähnlich zukunftsweisende Elemente enthielt wie Blüchers finnlandpolitische Praxis und die damit assoziierten Vorstellungen von einem verhältnismäßig „freien Norden“⁵⁰. Auf ihrem Höhepunkt in der ersten Jahreshälfte 1943 fand die beide Seiten offenbar übergangsweise zufriedenstellende Verhandlungs- bzw. Zusammenarbeitspolitik dabei Unterstützung in einer in dieser Form wohl einmaligen Bandbreite, vom Auswärtigen Amt über die mit Wirtschaftsfragen beschäftigten deutschen Dienststellen und Reichspropagandaminister Goebbels bis hin zu Himmler, dessen Protektion in diesem Zusammenhang von zentraler Bedeutung war⁵¹. In symptomatischer Verdichtung lässt sich dies einem von Ulrich von Hassell dokumentierten Gespräch mit dem dänischen Legationsrat Steensen-Leth im Juni 1943 entnehmen, in dem Letzterer das Vorgehen Bests wohlwollend von der fehlerhaften deutschen Politik im Allgemeinen absetzte und darauf hinwies, dass Best „geschickt sei, Verständnis für die Lage in Dänemark zeige, die gänzlich unbrauchbaren dänischen Nazis entschlossen liquidiere und die Fehler vermeide, die Renthe-Fink aus zitternder Angst vor der Partei begangen habe“⁵². Nach dem Zusammenbruch der deutsch-dänischen Zusammenarbeit sah sich Hassell folgerichtig veranlasst, die „vernünftige Politik“ Bests mit der „gradezu blödsinnigen Politik“ Hitlers, Ribbentrops und des Wehrmachtbefehlshabers in Dänemark, General Hermann von Hanneken, zu kontrastieren: „Nun ist auch diese verhältnismäßige Oase im Kreise der besetzten Gebiete verschwunden.“⁵³

Trotz der offensichtlichen Parallelen in den Entwürfen und der Methodenwahl Blüchers und Bests tun sich in der konkreten vergleichenden Analyse beider Ansätze fundamentale Unterschiede auf. Dabei ist in diesem Kontext der Umstand erst einmal zu vernachlässigen, dass es sich bei den deutsch-finnischen Beziehungen in Prinzip und Praxis um das in jedem Fall andersartige Verhältnis zweier auch de facto souveräner Staaten handelte, während die deutsche Politik in Dänemark, ungeachtet der komplexen völkerrechtlichen Sonderstellung Dänemarks im deutschen Orbit, im Grundsätzlichen auch immer Besatzungsherrschaft war⁵⁴. Denn Blüchers Vorstellungen bezogen ihren vergleichsweise originären Gehalt weniger aus ihrer finnlandpolitischen Dimension als aus den Implikationen seines auf Nordeuropa bezogenen außenpolitischen Denkens. Was jedoch die Entwürfe des Gesandten von der „eleganten und elastischen“ Besatzungspolitik

⁵⁰ KA, Nachlass Wipert von Blücher, Blüchers Aufzeichnung für Unterredungen in Berlin (6. 11. 1942).

⁵¹ Der Bezeichnung „Forhandlingspolitik“ (Verhandlungspolitik) wohnen dabei positivere Konnotationen inne als dem Begriff „Samarbejdspolitik“ (Zusammenarbeitspolitik), obgleich beide nach dem Zweiten Weltkrieg – unter völlig veränderten geschichts- und erinnerungspolitischen Vorzeichen – durch Begrifflichkeiten wie Kollaboration ersetzt wurden; vgl. Hans Kirchhoff, Forhandlings- og samarbejdspolitikken, in: Gads leksikon om dansk besættelsestid 1940–1945, Kopenhagen 2002, S. 155–161; Herbert, Best, S. 337f.

⁵² Die Hassell-Tagebücher 1938–1944. Ulrich von Hassell. Aufzeichnungen vom Andern Deutschland, hrsg. von Friedrich Freiherr Hiller von Gaertringen, Berlin 1988, Eintrag vom 9. 6. 1943, S. 368.

⁵³ Hassell-Tagebücher, Eintrag vom 4. 9. 1943, S. 386.

⁵⁴ Zur völkerrechtlich komplexen Stellung Dänemarks vgl. zuletzt Karen Gram-Skjoldager, The Law of the Jungle. Denmark's International Legal Status during the Second World War, in: International History Review 6 (2011), S. 235–256.

Bests ganz wesentlich unterschied, war die ihrem jeweiligen Vorgehen zugrundeliegende Motivation⁵⁵.

Blüchers Auffassungen gingen auf die spätwilhelminische Tradition deutscher Großmachtspolitik zurück und strebten die Wiederherstellung und den vorsichtigen, international verträglichen Ausbau der im Gefolge des Ersten Weltkriegs verlorengegangenen Hegemonialstellung des Deutschen Reiches im Ostseeraum an. Angesichts dieser prinzipiellen Orientierung waren seiner wie auch der außenpolitischen Vorstellungswelt der Berufsdiplomaten des Auswärtigen Dienstes die rassenideologischen Denkkategorien einer „völkischen Großraumordnung“, so wie sie Bests eigenes und das Denken der intellektuellen Träger des Nationalsozialismus kennzeichneten, a priori fremd. Abgesehen von der gelegentlichen Übernahme von Begrifflichkeiten und schlagwortartig reduzierten Denkmustern aus dem ideologischen Arsenal des Nationalsozialismus blieb diese Fremdheit im Grundsätzlichen bestehen⁵⁶. Während für Blücher die Methodenwahl und der allgemeine Modus deutscher Außenpolitik gleichsam auch zum konkreten Ausdruck einer Politik gehörten, die perspektivisch auf die Versöhnung der deutschen Vormachtstellung in Europa mit den existenziellen Interessen der nordeuropäischen bzw. Ostseeanrainer angelegt war, begriffen Best und die mit ihm assoziierten Advokaten „einer nach ‚rassischen‘ und politischen Kriterien hierarchisierten ‚völkischen Großraumordnung‘“ ihr Vorgehen in Dänemark ausschließlich als Mittel zum Zweck⁵⁷. Nicht wegen, sondern trotz divergierender intellektueller, weltanschaulicher und politischer Voraussetzungen sowie höchst unterschiedlicher finaler Visionen liefen beide Entwürfe alternativer Nordeuropapolitik daher im Übergang der Jahre 1942/43 für eine Weile konzeptionell parallel zueinander, bis sie, jeder in seiner Zeit, unter dem Druck des negativen Kriegsverlaufs für das Deutsche Reich in sich zusammenfielen⁵⁸. Ähnlich wie beide Ansätze ab ovo den militärischen Erfolgen der ersten Kriegsjahre geschuldet waren, standen ihre zunehmende Deformation und schließlich ihr vorzeitiges Scheitern in kausalem Zusammenhang mit der absehbaren deutschen Niederlage⁵⁹. Die unerlässliche Voraussetzung für eine Fortsetzung der Alternativpolitik Blüchers wie auch von Bests pragmatisch-rationalem Besatzungsregime in Dänemark war daher, dass Deutschland den Krieg gewann.

Es dürfte zweckmäßig sein, die vorliegende Betrachtung um den Fall eines weiteren – allerdings spektakulär verhinderten – Alternativpolitikers zu ergänzen, den des deutschen Gesandten in Norwegen, Curt Bräuer, der bereits eine Woche nach der Invasion des Landes am 16. April 1940 abberufen wurde. Dies erscheint insofern geboten, als Bräuers Wirken im Bericht der Unabhängigen Historikerkommission bestenfalls leicht vergrößert

⁵⁵ Herbert, Best, S. 337, mit der hier zitierten Wendung Goebbels’.

⁵⁶ Blüchers Anleihen im Fundus NS-ideologischer oder zeittypischer Wortschöpfungen spiegeln sich in seiner umfangreichen Redetätigkeit in zumeist offizieller Funktion wider; vgl. PA AA, Nachlass Wipert von Blücher, Bestand 85: Reden (1925–1944).

⁵⁷ Vgl. die Darstellung bei Herbert, Best, u. a. S. 325f., S. 328ff. und – zu den Grundlagen von Bests Denken – S. 275ff. (Zitat S. 331).

⁵⁸ Zum Kollaps beider Entwürfe vgl. neben Jonas, NS-Diplomatie, S. 360f., 431ff. und 505ff., auch – hier differenzierter als Herbert, Best, S. 356ff. – John T. Lauridsen, Werner Best och den tyske sabotagekampen i Danmark, in: Henrik Lundtofte (Hrsg.), Samarbejde og sabotage – seks maend 1940–1945, Esbjerg 2006, S. 144–209.

⁵⁹ Herbert, Best, S. 341f., der diesen Konnex einer „umfänglichen Leistungsbilanz“ Bests von Anfang Mai 1943 entnimmt. Blüchers Berichterstattung stellt diesen Kausalzusammenhang explizit heraus; vgl. KA, Nachlass Wipert von Blücher, u. a. Blücher an AA, 9. 10. 1942; ebenda, Gesprächsprotokoll Blüchers vom 6. 11. 1942.

dargestellt wird⁶⁰. Ganz wie die Amtsleitung und hier insbesondere Staatssekretär Ernst von Weizsäcker, der als vormaliger Gesandter in Oslo noch am Invasionstag an „allgemeinem Überbefinden“ erkrankte, war auch Bräuer ein Opponent des expansionistischen Ausgreifens nach Westskandinavien, wie es vor allem die Kriegsmarine und Alfred Rosenberg betrieben hatten⁶¹. Als ihm nach Weihnachten 1939 erste, noch vergleichsweise unspezifische Hinweise auf eine Aggression gegen Norwegen zugetragen wurden, bemühte sich Bräuer in seiner Berichterstattung und in Gesprächen mit Amtschef Ribbentrop wiederholt, ein militärisches Ausgreifen nach Nordeuropa zu verhindern⁶². Vom bevorstehenden Überfall, dies erscheint unstrittig, erhielt Bräuer erst am Vorabend der Invasion, dem 8. April 1940, Kenntnis. Weisungsgemäß überbrachte er der norwegischen Regierung am Morgen des 9. das Memorandum der Reichsregierung, in dem eine friedliche Besetzung des Landes, eine sogenannte Friedensbesetzung, in Aussicht gestellt wurde⁶³. An den dänischen Parallellfall angelehnt, erschien dieses Vorgehen angesichts der Eskalation der Lage sowohl in Oslo als auch in den deutsch-norwegischen Beziehungen insgesamt zunehmend unrealistisch. Protegiert von Rosenberg hatte sich der Chef der faschistischen „Nasjonal Samling“, Vidkun Quisling, noch am Invasionstag in die Regierungsgewalt zu bringen versucht, so dass sich Bräuer in seinen Verhandlungen mit der legitimen norwegischen Regierung und dem König gezwungen sah, auf Quisling als künftigem Ministerpräsidenten des besetzten Landes zu bestehen⁶⁴. Dabei „sympathisierte“ er zu keinem Zeitpunkt mit dem einheimischen Faschistenführer, wie der Kommissionsbericht nahelegt, sondern sah sich an einen vergleichsweise engen Weisungskatalog gebunden, der ihm keine wirklichen Alternativen ermöglichte⁶⁵. Erst als die erkanntermaßen kontraproduktive Putschregierung Quisling Mitte April auch von Hitler fallengelassen wurde, konnte Bräuer seine eigenen, der von ihm ungewollten Situation angepassten Vorstellungen umsetzen, wurde aber bereits am 16. April zur Berichterstattung nach Berlin einbestellt und kurz darauf formal abberufen. Berit Nøkleby hat dabei das Agieren Bräuers bereits 1969 als ambitionierte persönliche Alternativpolitik gekennzeichnet⁶⁶. Dass diese zeitnah aufgrund einer weiteren Radikalisierung in der deutschen Norwegenpolitik scheiterte, dürfte sie keineswegs als Forschungsgegenstand entwerten. Hans Rothfels' frühe Erkennt-

⁶⁰ Conze u. a., Amt, S. 250f.

⁶¹ Hill (Hrsg.), Weizsäcker-Papiere, Eintrag vom 8. 4. 1940, S. 199, mitsamt dessen Versuch, Ribbentrop von der Fehlerhaftigkeit einer Besetzung Westskandiaviens zu überzeugen; vgl. auch Bundesarchiv Koblenz, Nachlass 1273: Ernst von Weizsäcker, Bd. 61: Affidavit des Osloer Bischofs Eivind Berggrav vom 1. 10. 1946; ebenda, Bd. 63: Aufzeichnung Grundherrns zur „Norwegen und Dänemark-Aktion“ vom 16. 12. 1947; ebenda, Grundherrns Antworten auf einen Fragebogen der Verteidigung von Unterstaatssekretär Ernst Woermann im Wilhelmstraßen-Prozess vom 28. 1. 1948; Ernst von Weizsäcker, Erinnerungen, hrsg. von Richard von Weizsäcker, München u. a. 1950, S. 283ff.

⁶² Looock, Quisling, Rosenberg und Terboven, S. 277ff.

⁶³ Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945, Serie D, Bd. IX, Dok. 53, S. 67ff., u. a. Memorandum und „Aufzeichnung“ vom 9. 4. 1940 sowie Ribbentrop an Bräuer: „Zur persönlichen Aufklärung“ vom 7. 4. 1940; vgl. Looock, Quisling, Rosenberg und Terboven, S. 278ff.

⁶⁴ Looock, Quisling, Rosenberg und Terboven, S. 286ff.; auch Bohn, Reichskommissariat Norwegen (2000), S. 4f.

⁶⁵ Conze u. a., Amt, S. 250.

⁶⁶ Berit Nøkleby, Fra november til april – sendemann Bräuers personlige politikk, i 1940 – Fra nøytral til okkupert, Universität Oslo, 1969; zuletzt auch dies., Bräuer, Curt, in: Hans Fredrik Dahl, Guri Hjeltnes, Berit Nøkleby, Nils Johan Ringdal, Øystein Sørensen (Hrsg.), Norsk krigsleksikon 1940–45, Oslo 1995, B4; vgl. auch Looock, Quisling, Rosenberg und Terboven, S. 326ff.; Bohn, Reichskommissariat Norwegen (2000), S. 6f.

nis bleibt auch vor dem Hintergrund dieser Spielarten der Nordeuropapolitik des Auswärtigen Amtes gültig: dass Misserfolg „an und für sich niemals [...] ein endgültiger Maßstab der Beurteilung sein [kann]“⁶⁷.

Wenn den vom Auswärtigen Amt betriebenen verschiedenen Varianten von Nordeuropapolitik etwas gemein ist, dann der Umstand, dass auf die nordischen Länder bezogen eine Verdichtung von vergleichsweise offenen, ja unorthodoxen Entwürfen vorliegt, die – vom neutralen Schweden einmal abgesehen – allesamt etwas Alternatives in sich trugen und die Distanz zu klischeehaft vergrößerten Idealtypen nationalsozialistischer Gewalt Herrschaft und Vernichtungspraxis suchten. Obgleich sie sich auch dem zeitgenössischen Beobachter als Alternativen erschlossen, waren sie dies im Grunde nicht oder nur sehr bedingt. Blücher in Finnland, Best in Dänemark, anfänglich auch Bräuer in Norwegen waren ebenso Bestandteile, freilich äußerst distinktive Bestandteile des breiten Spektrums der nationalsozialistischen Außenpolitik und Okkupationsherrschaft wie Koch in der Ukraine, Terboven in Norwegen oder – und hier wird es beinahe unerträglich komplex – erneut jener Werner Best, diesmal allerdings im Hinblick auf die Organisation und Koordination des vernichtungspolitischen Einsatzgruppenapparats in Polen oder als Leiter der Abteilung Verwaltung im Verwaltungsstab des Militärbefehlshabers in Frankreich⁶⁸.

⁶⁷ Hans Rothfels, *Die deutsche Opposition gegen Hitler. Eine Würdigung*, hrsg. u. eingeleitet von Hermann Graml, Frankfurt a. M. 1986 [1949], S. 100; auch Gregor Schöllgen, Ulrich von Hassell 1881–1944. Ein Konservativer in der Opposition, München 1990, S. 175. In Abgrenzung zu E. H. Carrs „bias in favour of what is successful“ spricht Michael Oakeshott von Erfolgsgeschichte als verkürzter Geschichte: „History as a success story is always abbreviated history.“ Vgl. Michael Oakeshott, Mr. Carr’s First Volume, in: *Cambridge Journal* 4 (1950/51), S. 344–352, hier S. 345f.

⁶⁸ Zu Kochs Regime in der Ukraine vgl. u. a. Ralf Meindl, *Ostpreußens Gauleiter. Erich Koch: eine politische Biographie*, Osnabrück 2007; zu Terboven vgl. Bohn, *Reichskommissariat Norwegen* (2000), S. 31ff.; Looock, *Quisling, Rosenberg und Terboven*, S. 335ff.; Berit Nøkleby, *Josef Terboven; zu Best in Polen und Frankreich* s. Herbert, Best, S. 237ff. und 251ff.